

Kreistag



## ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 15. Sitzung des Kreistages  
am Freitag, 26.01.2024, 15:07 Uhr bis 18:04 Uhr  
in der Aula des Campe-Gymnasiums Holzminden in Holzminden

---

### Anwesenheiten

#### **Vorsitz:**

Allruth, Bjarne, Kreistagsvorsitzender

#### **Landrat:**

Schünemann, Michael

#### **SPD**

Hoch, Winfried, Abgeordneter  
Jacke, Susanne, Abgeordnete  
Nienstedt, Rita, Abgeordnete  
Özalp, Esin, Abgeordnete  
Reuter, Dirk, Abgeordneter  
Saudhof, Helmut, Abgeordneter  
Stock, Harald, Abgeordneter  
Tippelt, Sabine, Abgeordnete

#### **CDU**

Affelt, Helmut, Abgeordneter  
Echzell, Sabine, Abgeordnete  
Hundertmark, Axel, Abgeordneter  
Kaussow, Bernd, Abgeordneter  
Krause, Theodor, Abgeordneter  
Munzel, Axel, Abgeordneter  
Oerke, Birgit, Abgeordnete  
Schünemann, Uwe, Abgeordneter  
Tekluck, Lutz, Abgeordneter  
Warnecke, Tanya, Abgeordnete

#### **FDP**

Borchers, Marcel, Abgeordneter  
Dörrier, Burkhard, Abgeordneter  
Grupe, Hermann, Abgeordneter

Kasperzik, Wulf, Abgeordneter  
Dr. Scharffetter, Ernst-Wilhelm, Abgeordneter

### **BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**

Farries, Karin, Abgeordnete  
Fischer, Andreas, Abgeordneter  
Golczyk, Sabine, Abgeordnete  
Henke, Gerd, Abgeordneter  
Meyer, Christian, Abgeordneter  
Ruhwedel, Peter, Abgeordneter

### **UWG**

Steinmetz, Wilfried, Abgeordneter

### **AfD**

Kassel, Manuela, Abgeordnete  
Dr. Otto, Manfred, Abgeordneter

### **Abwesend:**

Brennecke, Wilhelm, Abgeordneter (SPD)  
Ebert, Jens, Abgeordneter (FDP)  
Grottke, Birgit, Abgeordnete (SPD)  
Lages, Friedel, Abgeordneter (SPD)  
Matyssek, Peter, Abgeordneter (CDU)  
Perdacher, Elke, Abgeordnete (SPD)  
Reinisch, Stephan, Abgeordneter (SPD)  
Stiehler, Eileen, Abgeordnete (UWG)

### **Von der Verwaltung**

Humburg, Sarah, Erste Kreisrätin  
Buberti, Ralf, Kreisbaurat  
Ahlborn, Stefanie, Dezernentin, Dezernat 4  
Oberg, Thorsten, Leiter Rechnungsprüfungsamt

### **Protokollführung**

Herbst, Anja

## Öffentliche Sitzung

Nr.	TOP	Vorlagen-Nr.
1.	Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit	
3.	Feststellung der Tagesordnung	
4.	Einwohner*innenfragestunde - zu Themen der Tagesordnung - zu anderen den Landkreis betreffenden Themen	
5.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Kreistages vom 22.11.2023	
6.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Kreistages vom 04.12.2023	
7.	Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages sowie über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses	8/2024
8.	Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Holzminden	121/2023
8.1	Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Holzminden	121/2023 1. Ergänzung
8.2	Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Holzminden	121/2023 2. Ergänzung
9.	Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm"	112/2023
9.1	Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm"	112/2023 1. Ergänzung
9.2	Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm" Hier: Dringlichkeitsantrag	112/2023 2. Ergänzung
10.	Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport	1/2024
11.	Abwägungsprozess zur Organisationsform der MVZ Holzminden gGmbH	299/2023
12.	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP): Beitritt zu den Maßgaben des Landes zur Genehmigung	303/2023
13.	Änderung des Gebührentarifs "Weserfähre Polle" 2024	287/2023

13.1	Änderung des Gebührentarifs "Weserfähre Polle" 2024	287/2023 1. Ergänzung
14.	Unterrichtung des Kreistages über die Aufnahme von Krediten beim Landkreis Holz Minden und seinen Eigenbetrieben; Berichtszeitraum 01.07.2023 bis 31.12.2023	4/2024
15.	Gesundheitszentrum Charlottenstift: Antrag auf Bezuschussung der Investitionen	269/2023
16.	Bedarfszuweisung gemäß § 13 NFAG	6/2024
17.	Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne und UWG Hier: "Bildungsqualität durch Vielfalt und modernes Lernumfeld"	21/2024
18.	Festsetzung der Beiträge zur Kreisschulbaukasse 2024 und 2025	254/2023
19.	Festsetzung der Kreisumlage-Hebesätze für die Haushaltsjahre 2024 und 2025	209/2023
20.	Haushaltssicherungskonzept für den Doppelhaushalt 2024/2025	239/2023
20.1	Haushaltssicherungskonzept für den Doppelhaushalt 2024/2025	239/2023 1. Ergänzung
20.2	Haushaltssicherungskonzept für den Doppelhaushalt 2024/2025	239/2023 2. Ergänzung
21.	Haushaltssatzung 2024/2025; hier: Stellenplan	194/2023
21.1	Haushaltssatzung 2024/2025; hier: Stellenplan	194/2023 1. Ergänzung
21.2	Haushaltssatzung 2024/2025; hier: Stellenplan	194/2023 2. Ergänzung
22.	Haushaltssatzung 2024 und 2025; hier Investitionsprogramm 2024 bis 2028	237/2023
22.1	Haushaltssatzung 2024 und 2025; hier Investitionsprogramm 2024 bis 2028	237/2023 1. Ergänzung
22.2	Haushaltssatzung 2024 und 2025; hier Investitionsprogramm 2024 bis 2028	237/2023 2. Ergänzung
22.3	Haushaltssatzung 2024 und 2025; hier Investitionsprogramm 2024 bis 2028 Hier: Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Grüne und UWG	237/2023 3. Ergänzung
23.	Haushaltssatzung 2024 und 2025 mit Haushaltsplan 2024 und 2025 (Doppelhaushalt) inklusive mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung	238/2023

---

23.1	Haushaltssatzung 2024 und 2025 mit Haushaltsplan 2024 und 2025 (Doppelhaushalt) inklusive mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung	238/2023 1. Ergänzung
24.	Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten	
25.	Einwohner*innenfragestunde - zu Themen der Tagesordnung - zu anderen den Landkreis betreffenden Themen	
26.	Anfragen, Anregungen und Beschwerden der Kreistagsmitglieder	
27.	Schließung der Sitzung	

---

Herr Landrat Schünemann stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt:

**Die in Anlage 1 beigefügte Hauptsatzung des Landkreises Holzminden wird beschlossen.**

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**9. Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm" 112/2023**

Siehe TOP 9.2

**9.1 Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm" 112/2023  
1. Ergänzung**

Siehe TOP 9.2

**9.2 Antrag der SPD-, CDU-, FDP-, Bündnis 90/Die Grünen- und UWG-Kreistagsfraktion vom 22.05.2023: "Pilotprojekt Motorradlärm" 112/2023  
2. Ergänzung  
Hier: Dringlichkeitsantrag**

Frau Ahlborn stellt ausführlich die Vorlage zum Pilotprojekt Motorradlärm vor.

Herr KAbg. Reuter erklärt, dass er jetzt nicht als SPD Fraktionsvorsitzender spreche, sondern als Kreistagsabgeordneter, Dirk Reuter. Er werde dieser Vorlage nicht zustimmen, weil sie so verwässert ist, dass sie das Ziel, was erreicht werden sollte, nicht erreiche. Ziel war, ein Pilotprojekt durchzuführen, mit Auswertungen die darauf abzielen, festzustellen, wie die Lärmentwicklung sei, wenn man mit leiseren Motorrädern, auch in größerer Zahl fährt, statt mit lauten Motorrädern. Die Motorradfahrer fahren mit genehmigten Motorrädern, aber die Grundfrage sei doch, warum die Motorräder genehmigt werden, die ein solches Spektakel verursachen. Wenn man jetzt das Tiroler Modell nicht durchführe, könne man genau dieser Frage nicht nachgehen. Diese Klärung wäre wichtig gewesen für die Bundespolitiker, da diese die Beschlüsse fassen und nicht der Landkreis Holzminden. Das Nächste, was man wollte, waren Lärmpausen in den Ortschaften, die wesentlich belastet sind. Dort wohnen viele Menschen, die dann vielleicht mal gemerkt hätten, wie sie ihre Gärten nutzen können, ohne den Lärm der Motorradfahrer zu ertragen. Immer darauf abzustellen, dass es für das Tiroler Modell keine Rechtsgrundlage gebe, sei zwar richtig, aber es ging um einen Versuch und nicht darum, dies auf Dauer anzuordnen. Für ein Pilotprojekt hätte man diesen Versuch durchführen können, weil es darum gehe, neue Erkenntnisse zu gewinnen. Er ärgere sich darüber, dass schlicht und ergreifend fehlinformiert wurde in der Region. Was ihn dabei sehr betrübt habe, sei sein Eindruck, dass die Verwaltung dieses Projekt nicht wollte. Ein Indiz dafür sei für ihn gewesen, dass zu einem Vorgespräch, zu dem alle notwendigen Akteure geladen wurden und auch anwesend waren, der Landkreis sich vom Pressesprecher und der persönlichen Referentin des Landrates habe vertreten lassen. Dies habe ihm vor

Augen geführt, welche Wichtigkeit die Angelegenheit für die Verwaltung habe. Er hätte sich an dieser Stelle die Dezernentin, oder zumindest die Leiterin des Straßenverkehrsamtes gewünscht. Für ihn sei es eine Frage, wie die Verwaltungsleitung dieses steuere.

Was Herr KAbg. Reuter immer noch beschäftigt, ist die Frage, warum Motorräder immer lauter werden. Neue Motorräder werden lauter als Ältere, dies sei ihm von Fachleuten bestätigt worden. Dies sei eine Entwicklung, die vom Markt gesteuert werde. Das Letzte was er den Motorradfahrern nehmen möchte, ist die Freude am Fahren, die Freude am Krach allerdings schon.

Herr KAbg. Dr. Otto teilt mit, dass er bereits vor einem dreiviertel Jahr darüber erstaunt gewesen sei, dass die FDP als freiheitsliebende Partei und die CDU, die noch 2018 der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entziehen wollte, wegen ihres einseitigen Kampfes, gegen alles was „Verbrennermotoren“ hat, sich an diesem Pilotprojekt beteiligen konnten. Bei diesem Projekt ging es von Anfang an, um Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen. Es ging auch um Messungen, aber, wenn man das gewollt hätte, hätte man das Projekt auch anders anlegen können. Bei der Deutschen Umwelthilfe gehe es immer um Fahrverbote, immer um einsperren und immer um Einschränkung von Freiheitsrechten. Wie das heute hier ausgehen werde, darauf sei er gespannt, da es jetzt nicht mehr nur um Beschränkungen für Motorradfahrer gehe, sondern um Begrenzungen für alle Verkehrsteilnehmer. Wie u. a. die Geschwindigkeitsreduzierung kontrolliert werden solle, sei ihm schleierhaft. Seiner Meinung nach gehe es nicht nur um den Motorradlärm, sondern einzig und allein um Einschränkungen. Es solle ein weiterer Mosaikstein geschaffen werden, um den Individualverkehr einzuschränken und zur Schnecke zu machen. Man solle sich an die Verlangsamung gewöhnen und dass obwohl sich der Bundesrat gerade gegen eine willkürliche, weitere Ausweitung der Vorschriften, nämlich Abweichung von 50 km/h innerhalb von geschlossenen Ortschaften, gewandt hat. Er vermute, dass dies auf Dauer weitergehen werde. Zurzeit mache man dies ganz gerne damit, dass Straßenschilder ergänzt werden mit dem Hinweis auf Straßenschäden und deshalb die Geschwindigkeit zu reduzieren sei. Er frage sich, was eigentlich bleiben werde nach dem Pilotprojekt. 100.000 € plus x in den Büchern der Deutschen Umwelthilfe, eine Verprellung, bzw. Bußgelder, gegen eigentlich willkommene Motorradtouristen, von denen der Landkreis auch lebe. Die innerörtliche Begrenzung der Geschwindigkeit auf 40 km/h wird bleiben, davon könne man ausgehen. Dies werde das Resultat des Pilotprojektes sein. Es sei denn, die Bürger werden sich wehren gegen immer mehr Bürokratie und Einschränkungen der Freiheitsrechte. Ein diskriminierender Ausschluss von Gruppen im Straßenverkehr ist nicht hinnehmbar und daher werde man dagegen stimmen.

Herr KAbg. Ruhwedel erklärt, dass es schwierig sei, bei einer so emotionalen Debatte zu sprechen. Was er von seinem Vorredner mitgenommen habe, sei, dass Lärm für die Bevölkerung kein Problem sei. Die Forderung nach freier Fahrt, ohne Einschränkungen für alle Motorräder und dass man sein Freizeitverhalten unbegrenzt ausleben könne, ohne dass man Rücksicht nehme auf seine Mitmenschen und deren Gesundheit. Das jedoch könne es nicht sein. Er spreche hier in eigener Sache und nicht als Fraktionsvorsitzender. Er sei der ähnlichen Auffassung wie Herr KAbg. Reuter, da dieser viele Argumente genannt habe, die auch auf seinem Zettel stehen. Man habe in der Vergangenheit einen einstimmigen Kreistagsbeschluss gefasst, der sachlich begründet war und maßvolle Maßnahmen enthalten habe und auch das Tiroler Modell vorsah. Im Landkreis gab es bereits jahrelange Auseinandersetzungen

mit dem Lärmschutz, was auch Grundlage für den Antrag gewesen sei. Es wurden Messdaten erhoben und Lärmdisplays aufgestellt, in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen, der Polizei und der Verwaltung. Es wurden Vorgespräche geführt und umso bedauerlicher finde er es, dass die Fraktionen jetzt nicht mehr die Kraft haben, den Beschluss umzusetzen. Man habe sich durch die bundesweit sehr massiv auftretende Motorradlobby und ihrer Kampagnen und durch die Mobilisierung persönlicher Netzwerke beeindrucken lassen. Dies könne er nicht nachvollziehen und nun soll eine Vorlage beschlossen werden, die die Absichten des Lärmschutzes konterkariere. Er finde die Reduzierung der geplanten einseitigen Wochenendsperrungen auf nur zwei Straßen und nur an einem Sonntag im Monat, ist für eine erfolgreiche Datenerhebung nicht sinnvoll. Da widerspreche er eindeutig der Aussage der Verwaltung. Die nachgewiesenen Unfallschwerpunkte auf der B 241 sind dabei nicht berücksichtigt worden. Er könne auch nicht feststellen, dass sich Nachteile für die örtliche Wirtschaft ergeben, bei der Umsetzung des alten Beschlusses. Um verifizierbare und sichere Daten zu erhalten, was das eigentliche Ziel sei, wäre dies nötig gewesen. Sollte der Kreistag heute der Vorlage der Verwaltung folgen, sei er als Tiger gegen den Lärmschutz abgesprungen und als Bettvorleger der Motorradlobby und der Freizeitindustrie aufgewacht. Die Probleme des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung werde man mit so einer Vorlage nicht lösen können.

Herr KAbg. Tekluck will den Versuch unternehmen, für den Dringlichkeitsantrag zu werben. Man habe verschiedenste Ergänzungen erlebt und er habe Respekt vor den persönlichen Erklärungen, die abgegeben wurden. In den Pilotprojekten habe man zwar die Möglichkeit zeitlich begrenzt, etwas Anderes vorzunehmen, allerdings gehe es später um die Realisierung der Erkenntnisse. Da sei man mit der Verwaltung der Meinung, dass dafür die Rechtsgrundlagen nicht vorhanden sind. Notwendig sei es, Belange aus der Bevölkerung aufzugreifen, um die Verdrossenheit, die allseits beklagt wird, das Politik sich nicht mehr um den Bürger kümmere, entgegen zu wirken. Bevor der Bundesverband der Motorradfahrer sich gemeldet habe, gab es lautstarke Wahrnehmungen aus anderen Richtungen, von Bürgerinitiativen. Diese Belange sind nach seinem Verständnis auch aufzunehmen und untereinander abzuwägen. Es könne daher auch keine Rede davon sei, dass irgendjemand hier diskriminiert werden solle. Es sei gutes demokratisches Verständnis, dass man die Belange der Bürger aufnehme, sich damit auseinandersetze und versuche, sich daraus ergebende Interessenskonflikte, aufzulösen. Dazu brauche man Ergebnisse und dazu müsse man es den Menschen zumuten, die Zeitspanne von sechs Monaten für das Pilotprojekt, zu ertragen. Was auf der einen Seite als Handlungsfreiheit eingefordert werde, dem stehe aus der anderen Seite das Recht auf Gesundheit gegenüber. Alle Parteien sind sich darüber einig, dass die Sinnhaftigkeit des Pilotprojektes nur gegeben ist, wenn die Polizei für die Überprüfung mit beteiligt ist. Es gebe eine Lärmschutzüberwachungsmöglichkeit, die aber nur einmal in Niedersachsen vorhanden sei, d. h. man müsse sich dann bemühen, diese in der Pilotphase über die Polizei auch einsetzen zu können, um Erkenntnisse zu gewinnen. Keiner wisse zum augenblicklichen Zeitpunkt, zu welchem Ergebnis man gelangen werde. So appelliere er an alle, das Ergebnis wie gute Demokraten zunächst abzuwarten und Schlussfolgerungen am Ende zu ziehen.

Herr KAbg. Grupe, erinnert daran, dass das gemeinsam angeschobene Pilotprojekt das Ziel haben sollte, die Interessen der Motorradfahrer und der Anlieger zu vereinen. Durch die Art und Weise wie das Modell gelaufen ist, ist das exakte Gegenteil erreicht worden. Deswegen dankt er den Fraktionen, dass man da deutlich nachgesteuert habe und die Vorschläge der Deutschen Umwelthilfe, auf ein Maß reduziert habe, wie man



es vertreten könne. **Trotzdem werde die FDP Fraktion heute nicht zustimmen und sich enthalten, weil man einen Fehler gemacht habe und man sich zu diesem auch bekennen wolle.** Die FDP hat schon immer und wird es auch weiterhin ablehnen, Streckensperrungen auszusprechen, speziell für Motorradfahrer. Im Rahmen des Modellprojektes habe man dies zunächst mitgetragen, aber es sei falsch, weil es keine neuen Erkenntnisse gebe, wenn man eine Strecke sperre. Das dann kein Motoradlärm mehr vorhanden ist, sei selbstverständlich. Die anderen Maßnahmen werde man aber umso deutlicher unterstützen und er bitte beide Seiten, zu dem Ziel eines Miteinanders zu kommen. Man sollte deutlich machen, dass eine Temporeduzierung nicht eine Bestrafung für die Verkehrsteilnehmer sein soll. Es gehe darum, an den Ortseingängen das Tempo zu reduzieren und eventuell schon vorher einen Trichter zu installieren. Wenn es dann noch gelänge rücksichtsvoll durch den Ort zu fahren, merkt man fast nichts mehr von der Durchfahrt eines Motorrades. Es gebe einige Strecken im Landkreis die sehr stark frequentiert werden und auf diesen Strecken müsse man das Miteinander fördern. Beide Seiten sollten an einen Tisch kommen, um eine Lösung zu finden. Motorradfahrer sind weiterhin sehr willkommen im Landkreis Holzminden und die Anlieger sollen auch weiterhin im Landkreis leben können.

Frau KAbg. Golczyk weist daraufhin, dass alle Beteiligten, die hier gesprochen haben, es sich nicht leicht gemacht haben mit ihrer Entscheidung und das alle sehen, dass hier zwei Interessen gegeneinanderstehen, die Beide gerechtfertigt sind. Das Problem ist, dass seit Jahren und besonders in den sozialen Medien, überhaupt nicht mehr versucht wurde, einen Kompromiss zu finden. Es wurde gegeneinander gearbeitet, es wurde Hass gesät und es gab kein Interesse mehr an einem gemeinsamen Kompromiss. Sie selber sei auch nicht glücklich mit dieser Vorlage, wie viele andere auch nicht, aber sie halte es für einen Kompromiss, den beide Seiten ertragen können, um irgendwie und irgendwann zu einem Ergebnis zu kommen, mit dem alle leben können. Sie sei entsetzt über die Aussage von Herrn KAbg. Dr. Otto, über das einseitige Verhalten und das permanente fordern von Freiheit, aber nur für einen Teil der Bevölkerung. Freiheit ist immer die Freiheit aller und endet in einem Kompromiss, ob man es möchte, oder nicht. Wenn man diese Kompromisse nicht eingehe, werde man immer mehr in die Richtung gehen, dass Menschen sich gegeneinander aufhetzen. Sie appelliere an die Motorradfahrer und an die Anwohner, dass sie miteinander reden, anstatt übereinander und aufhören, sich mit derartigem Hass zu verfolgen. Sie möchte Herrn KAbg. Ruhwedel widersprechen, weil es nicht nur die böse Motorradlobby sei. Es sei ein Problem des miteinander Lebens und das nicht ausnutzen von übelstem Populismus, um damit Hass zu sähen und Uneinigkeit. Die Äußerung von Herrn KAbg. Dr. Otto sei einfach nur erbärmlich gewesen.

Herr Kreistagsvorsitzender Allruth weist diese Wortwahl von Frau KAbg. Golczyk aufs Entschiedenste zurück und erklärt, dass dies nichts mehr mit einem demokratischen Miteinander zu tun habe.

Herr KAbg. Henke greift die Aussage einer Einwohnerin auf und erklärt, Lärm tötet nicht, aber Lärm nervt und kann krankmachen. Aus diesem Grund haben alle Fraktionen dem Pilotprojekt zugestimmt, auch, weil seit Jahren bekannt sei, was die Menschen an solchen Hotspots der Motorradfahrer mitmachen. Dies gelte insbesondere für die Strecken Rühle – Golmbach und für den Roten Fuchs. Das Projekt ist auf sieben Monate begrenzt und soll dazu dienen Erfahrungen zu sammeln. Außerdem stellt er klar, dass die 100.000 € nicht nur für dieses Projekt eingesetzt wurden, sondern auch für andere. Worüber heute abgestimmt werden soll, sei ein Kompromiss und er denke, dass man diesem zustimmen könne. Herr KAbg. Henke

habe von Beginn an gesagt, dass Streckensperrungen und Lärmpausen nicht einfach durchzusetzen sind und auch nicht einfach zu vermitteln sind. Er habe an dieser Stelle immer an die Situation in Lauenförde, in der Samtgemeinde Boffzen erinnert und erklärt, dass man dort ganz speziell ein Interesse des Fremdenverkehrs habe. Gerade dort sehe man, wie stark die Motorradvilla frequentiert werde. Dort könne man nicht einmal im Monat eine Straßensperrung, oder eine Lärmpause vornehmen, dass würde über das Ziel hinausschießen und das wolle man nicht. Deshalb finde er es gut, dass man nun an zwei ausgewählten Strecken Erkenntnisse gewinne und diese dann auswerte. Am Ende habe man dann eine fundierte Grundlage, um weiter zu beraten. An dieser Stelle seien die Motorradfahrer gut beraten, sich dieser Diskussion zu stellen und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass Lärm auch zu Widerstand in der Öffentlichkeit führen könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt Herr Kreistagsvorsitzender Allruth über den Beschlussvorschlag abstimmen, mit dem Hinweis, dass es aufgrund der Beratungen im Kreisausschuss noch Änderungen gegeben habe. Auf ein Vortragen des Beschlusses wird verzichtet.

Der Kreistag beschließt:

**Der Kreistagsbeschluss vom 26.06.2023 wird wie folgt geändert:**

1.

**Von April 2024 bis Oktober 2024 wird auf folgenden Strecken/an folgenden Ortschaften ein „Pilotprojekt Motorradlärm“ durchgeführt:**

**1. Rühle und Golmbach**

**Maßnahmen vor und in den Ortslagen (L 580, L 584, K 37, K 35);  
Sperrung: L 580 „Rühler Schweiz“ zwischen Rühle und Golmbach**

**2. Grünenplan**

**Maßnahmen vor und in der Ortslage (L 484, L 589);  
Sperrung: L 484 „Roter Fuchs“ zwischen Grünenplan und Holzen  
L 484 „Heilige Aue“ zwischen Grünenplan und dem  
Kreisel an der L 462**

**3. Neuhaus (anordnende Behörde: Stadt Holzminden)**

**Maßnahmen vor und in der Ortslage (B 497, L 549, K 50)**

**4. Lauenförde**

**Maßnahmen vor und in der Ortslage (B 241, L 550)**

**5. Brevörde**

**Maßnahmen vor und in der Ortslage (B 83 und L 428)**

2.

**Im Rahmen des Pilotprojektes werden folgende Maßnahmen umgesetzt:**

**1. Tempo 30 bzw. Tempo 40 innerorts für alle Fahrzeuge.**

**Die Aufstellung der Verkehrszeichen erfolgt aufgrund von Aufwands- bzw. Kostengründen nur an den Ortseingängen.**

Tempo 30 wird dabei in den Ortschaften angeordnet, in denen es auf den Ortsdurchgangsstraßen bereits Tempo 30-Anordnungen gibt. Für alle anderen Ortschaften wird Tempo 40 angeordnet.

**2. Lärmpause:** Alternierend an einem Sonntag im Monat (April – Oktober) werden zwei Strecken für Krafträder in beide Fahrrichtungen gesperrt. D.h. in einem Monat die eine Strecke, im nächsten Monat die andere.

Das betrifft

1. die L 484 „Roter Fuchs“ zwischen Holzen und Grünenplan sowie „Heilige Aue“ zwischen Grünenplan und dem Kreisel an der L 462,
2. die L 580 „Rühler Schweiz“ zwischen Rühle und Golmbach.

**3. Temporeduzierung vor den Ortslagen**

An geeigneter Stelle sollen Geschwindigkeitstrichter angeordnet werden.

Die Maßnahmen auf den Bundesstraßen erfolgen vorbehaltlich der Genehmigung des Landes.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen

**10. Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport 1/2024**

Herr Buberti stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt:

Als Vertreter bzw. stellvertretende Vertreter\*innen der Schülervertretungen der allgemeinbildenden Schulen werden die folgenden Personen in den Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport des Kreistages für die verbleibende halbe Wahlperiode 2021 – 2026 (Ende 30.04.2024) berufen:

**Mitglied:**

1. Frau Juliana Thönnissen, Holzminden
2. Stellvertretendes Mitglied Frau Sila Kaya, Holzminden

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**11. Abwägungsprozess zur Organisationsform der MVZ Holzminden gGmbH 299/2023**

Frau Humburg stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt:

Für den Fall, dass das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport die von der Immobiliengesellschaft im Landkreis Holzminden GmbH abzukaufende Med. Versorgungszentren Holzminden gGmbH (MVZ Holzminden gGmbH) als Einrichtung nach § 136 Abs. 3 NKomVG einstuft, nimmt der Kreistag den Bericht nach § 136 Abs. 4 Satz 4 NKomVG zur Kenntnis und beschließt, dass die MVZ